

JANUAR '19 / NR. 1

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



ÖKO UND LOGISCH

DU WILLST ES?

DANN WÄHL ES.



› **SCHWERPUNKTTHEMA:** WAHLEN 2019

3

› **ABSTIMMUNGEN:** ZERSIEDELUNGSINITIATIVE

9

› **KANTON:** SPANGE NORD

12

INHALT

Editorial und Impressum	2
Schwerpunktthema	
Wahlen 2019	3
Bund	
Zersiedelungsinitiative	9
Kanton	
Spange NOrd	12
Ortsgruppen	
Stadt Luzern	13
Willisau	14
Kriens	16
Internes	
Palaver	17
Junge Grüne	
Mehr Farbe für Luzern	18
Internes	
Portrait Korintha Bärtsch	19
Agenda und Parolen	20

IMPRESSUM

Rundbrief Nr. 1/2019
Informationsbulletin der Grünen Luzern
Redaktion: Geschäftsleitung Grüne Luzern
Druck: SWS Medien AG Print Sursee
Papier: recyclingweiss, blauer Engel,
FSC, ecolabel
Gestaltung: Thomas Küng Luzern
www.kuenggrafik.ch
Erscheinen: 4 x jährlich, nächste Ausgabe:
März 2019
Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

Kontakt: Sekretariat Grüne Luzern
Postfach 7359, 6000 Luzern 7
Tel. 041 360 79 66
Email: sekretariat@gruene-luzern.ch
Web: www.gruene-luzern.ch
Bürozeiten: Mo. – Do. von 9 bis 12 Uhr
oder nach Vereinbarung

Titelbild: Sujetplakat Wahlkampagne 2019,
Grafik: Thomas Küng

EDITORIAL

ES GIBT ZU TUN

Liebe Umweltschützerinnen, liebe Naturliebhaber

Es gibt Arbeit für uns. Das sage ich halb freudig und halb traurig. Traurig, weil diese Welt und unsere Gemeinschaft Grüne Politik so dringend brauchen wie noch nie zuvor. Klima-Reporte malen dunkle Prognosen, Rechtspopulisten sind jetzt «besorgte Bürgerinnen». Freudig, weil man unsere Arbeit aber auch will. In Bayern wurden die Grünen zweitstärkste Partei, in Thun wächst die Fraktion von 5 auf 8 Sitze und zieht in die Regierung ein. Die Grünen erleben gerade einen wuchtigen Aufwind.

Auch wir Grünen in Luzern dürfen arbeiten. Zuerst können wir der Zersiedelung den Boden unter den Füßen rauben: Am 10. Februar wird über die junggrüne Zersiedelungsinitiative abgestimmt. Boden ist die Grundlage von allem, darum kämpfen wir an der Seite der Jungen Grünen für Kulturlandschutz.

Ende März wählen wir. Unsere Arbeit dafür hat schon lange begonnen und wird noch viel Schweiß beanspruchen. Dutzende Grüne haben schon zugesagt, als Kandidierende unsere Politik umzusetzen, allen voran unsere Regierungsratskandidatin Korintha Bärtsch. Wir «chrampfen» mit der Hoffnung auf die Ernte am Wahlsonntag; wir wollen nämlich noch viel mehr Parlaments- und Regierungs-Arbeit haben – bis wir nicht mehr gebraucht werden!

2019 ist unser Momentum. Gemeinsam müssen wir es am Schopf packen und arbeiten! Wir danken Dir für Deine Mithilfe!



Irina Studhalter
Vize-Präsidentin

STATEMENT REGIERUNGSRATSKANDIDATIN KORINTHA BÄRTSCH

FANGEN WIR HEUTE MIT MORGEN AN!

«Mit 66 Jahren da fängt das Leben an», sang Udo Jürgens, «mit 66 Jahren da hat man Spass daran». Mit 66 Jahren ist man also voll im Saft. Wenn ich 66 bin, schreiben wir das Jahr 2050. In diesem Jahr müssen wir unsere globalen CO₂-Emissionen auf Null heruntergefahren haben, damit wir die katastrophalen Folgen des Klimawandels verhindern können. Das heisst: In

«Jung an Jahren, reich an Erfahrungen – Korintha sorgt im Regierungsrat für die nötige Kurskorrektur.»

Nationalrat Michael Töngi

32 Jahren keine Öl-Heizungen mehr, keine bezinbetriebenen Autos auf den Strassen und weg von Produktionsweisen in der Industrie, die CO₂ ausstossen. Für die kantonale Politik heisst das: Weg vom Monsterprojekt Bypass – dafür konsequente Förderung von neuen nachhaltigen Produktionsweisen und der Kreislaufwirt-

«Ich wähle Korintha in den Regierungsrat: Wer sonst wird aktiv die Umweltthemen einbringen?»

Gemeindepräsident Kriens Cyrill Wiget

schaft. Steuern kann das der Kanton allem voran mit einer nachhaltigen Verkehrspolitik, in der kantonalen Beschaffung, bei kantonseigenen Bauten und Investitionen, aber auch mit Anreizen und Vorgaben für die Wirtschaft.

Mit 66 Jahren, da bin ich noch nicht ganz in Rente, wenn

«Korintha wähle ich, weil sie sich für die Menschen und unseren Lebensraum engagiert.»

Präsidentin Ortsgruppe Grüne Wiggertal Verena KleeB Walther

es nach mir geht, aber ich habe eine berufliche Karriere hinter mir. Welche Wege ich bis dahin auch immer eingeschlagen habe, so möchte ich erzählen können, dass ich als Frau keine Benachteiligung erfahren habe und in meiner Laufbahn die gleichen Chancen gehabt habe wie ein Mann. Hierzu gibt es im Kanton Luzern noch viel zu tun. Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, brauchen wir einen Elternurlaub. Gerade in der Startphase der Familie werden die Rollen verteilt und für die nächsten Jahre zementiert. Darüber hinaus sind flexible Arbeitsmodelle und dringend mehr familienexterne Betreuungsmöglichkeiten – in der Stadt und auf dem

«Kompetent, erfahren und mit Durchschlagskraft: Der Luzerner Regierungsrat braucht Korintha Bärtsch»

Stadtrat Adrian Borgula

Land- unabdingbar. Frauen sollen wichtige Entscheidungen in der Politik und in der Wirtschaft mitentscheiden können. Ich will nicht nur Frauenquoten, ich will eine angemessene Vertretung der Frauen in den Führungsetagen. Das ist nicht nur eine Frau, sondern die Hälfte des Gremiums. Weil Entscheidungsträger für ihre Nachfolge häufig Gleichgesinnte nachziehen, müssen wir im Kanton Luzern dafür sorgen, dass die Vertretung der Frauen gefördert wird und entscheidende Gremien explizit mit Frauen besetzt werden. (Fortsetzung Seite 4)

«Die Luzerner Regierung muss innovativ werden, darum wähle ich Korintha.»

Fraktionsvorsitzende Kantonsrat Monique Frey





Am 31. März 2019 sind Wahlen. Ohne einen Richtungswechsel in der Regierung verlieren wir weitere vier Jahre. Vier lange Jahre ohne Frauenbeteiligung, vier Jahre mit einer rückwärtsgewandten Politik, vier Jahre ohne griffige Politik für eine nachhaltige Zukunft. Ohne mich!

WARTEN WIR NICHT, FANGEN WIR HEUTE MIT MORGEN AN! DU WILLST ES? DANN WÄHL ES.

Korintha Bärtsch
Regierungsratskandidatin Grüne

Website: <https://www.korinthaebaertsch.ch/>
Dort finden sich alle aktuellen Termine von Podien und weiteren Veranstaltungen, an denen Korintha Bärtsch teilnimmt.

«Korintha steht für Einbezug statt Ausgrenzung»

Präsident Grüne Luzern Maurus Frey

WAHL- UND STIMMRECHTE

DEMOKRATISCHE RECHTE IN DER SCHWEIZ – UND WER KEINE HAT?

Bei der Vorbereitung dieses Rundbriefs wollten wir den Blick auf die Tatsache lenken, dass wir SchweizerInnen mit dem Wahl- und Stimmrecht Instrumente in der Hand haben, die uns gegenüber sehr vielen Menschen in anderen Staaten privilegieren. Doch auch in der Schweiz ist ein grosser Teil der Wohnbevölkerung von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen, nämlich die AusländerInnen. Welche Bedeutung haben die demokratischen Rechte für Menschen, die aus anderen Ländern zu uns flüchten? Diese Frage diskutierte ich mit zwei Menschen, von denen ich wusste, dass sie jahrelang in der Schweiz als Flüchtlinge gelebt haben und seit einiger Zeit eingebürgert sind.

AUSWEISKATEGORIE F – HINTER EINEM BUCHSTABEN STEHEN SCHICKSALE

Minu und Sepehr stammen aus dem Iran. Minu kam mit ihren beiden Söhnen Sepehr und Sina vor 18 Jahren in die Schweiz. Minu war 1979, als die iranische Revolution stattfand, die Ajatollah Chomeini an die Macht brachte, eine junge Frau. Sie studierte Medizin an der staatlichen Universität. Sie engagierte sich gegen die enge Verbindung von Religion und Politik; dagegen, dass die religiösen Führer gleichzeitig die staatliche Macht übernahmen. Aufgrund ihres Engagements

wurde sie von der Universität ausgeschlossen. Danach studierte sie an einer privaten Uni Zahnmedizin, wurde aber auch dort ausgeschlossen. Eine Zeitlang war sie journalistisch tätig, jedoch stand sie aufgrund ihres früheren Engagements auf einer schwarzen Liste und durfte nicht für ein staatliches Unternehmen arbeiten. Die Tatsache des Uniausschlusses galt nun als Beweis für eine staatsfeindliche Gesinnung. Darauf machte sie sich selbstständig mit einer Boutique für Damenwäsche. Sie war eine erfolgreiche Geschäftsfrau, jedoch auch jetzt ständigen Schikanen durch die Behörden ausgesetzt. Mittlerweile hatte sie zwei Kinder, für deren Zukunft sie in dieser Situation keine Chance sah, dass sie im Iran Ausbildungen machen konnten. Das Alltagsleben war geprägt von Kontrollen, Angst, Schikanen. 1999 entschloss sie sich zur Flucht und gelangte mit ihren Kindern in die Schweiz, wo sie im Jahre 2000 eine F-Bewilligung erhielt (Ausweis für vorläufig aufgenommene Ausländer, der jedes Jahr erneuert werden muss).

«DIE STRAPAZEN HÖREN NICHT AUF, WENN MAN SCHWEIZER BODEN BETRITT»

Nun waren sie hier, aber Angst und Unsicherheit blieben. Minu konnte kein Deutsch, sie hatte keine Ahnung, was sie jetzt tun musste. Es war auch niemand da, der ihr helfen konnte. Sie bemühte sich deutsch zu lernen, sie wollte arbeiten. Aber mit einem F-Ausweis bekommt man kaum eine Stelle. So führte sie befristete

te, unterqualifizierte Tätigkeiten aus. Sie wollte Ausbildungskurse belegen, aber sie durfte nur die Caritas-eigenen Kurse machen. Die Kinder gingen zur Schule, führten ein einigermaßen normales Leben, doch als es um die Lehrstellensuche ging, scheiterte Sina wieder an dem F-Status. 2012 stellte Minu ein Einbürgerungsgesuch. Im Laufe des Verfahrens erlitt sie Rückenprobleme. Sie konnte nicht arbeiten und musste sich bei der IV anmelden. Das führte dazu, dass das Einbürgerungsverfahren um ein Jahr verschoben wurde – weil sie nicht arbeitete! Auch die Schikanen der iranischen «Sittenpolizei» hörten nicht auf. 2015 war ein besonders schlimmes Jahr für die Familie. Sepehr wurde unter einem Vorwand der iranische Pass nicht mehr verlängert. Er reiste daraufhin nach Teheran um seine Unschuld darzulegen. Jedoch wurde er umgehend verhaftet und die Wiederausreise verweigert. Es zeigte sich, dass die iranischen Behörden in Wirklichkeit an Minu interessiert waren, obwohl sie seit 15 Jahren im Ausland lebte und sich längst nicht mehr politisch betätigte. Erst mithilfe eines Anwaltes, den Angehörige vermittelten, konnte Sepehr wieder ausreisen. «Wo kann der Mensch beruhigt leben?» fragt Minu, der diese jahrelangen Belastungen gesundheitlich zugesetzt haben. Doch sie ist eine Kämpfernatur, und es gibt Lichtblicke.

«SEIT ICH DIE SCHWEIZER STAATSBÜRGER-SCHAFT HABE, GEHE ICH IMMER WÄHLEN UND ABSTIMMEN.»

Seit 2017 ist die Familie eingebürgert. Und ein richtiges Highlight – das ist ganz wörtlich zu nehmen, Minu beginnt zu strahlen, als sie das erzählt – war die Gründung von «HelloWelcome», dem Treff für Flüchtlinge, Asylsuchende und Einheimische. Hier bringt sich Minu stark ein, übt die deutsche Sprache mit Asylsuchenden, berät neu angekommene und ist Ansprechperson für alle Arten von Problemen. «Für viele hier ist sie wie eine Mutter», sagt Sepehr mit liebevollem Stolz. «Ich will den Menschen, die neu hierherkommen, sagen, was wichtig ist in der Schweiz,» sagt Minu. «Es ist so gut, dass es diesen Treff gibt, und ich will aus meinen Erfahrungen den Menschen etwas mitgeben. Ich bin jetzt Schweizerin, aber meine Seele ist F». Auch beim Wählen und Abstimmen steht für sie die Situation der MigrantInnen im Vordergrund: »Schon früher haben mich die Geschehnisse in der Schweiz interessiert, denn diese betrafen ja mich auch und meine Kinder. Aber die Befürchtung, ausgewiesen zu werden, hat immer eine grosse Rolle gespielt. Seit ich die Schweizer Staatsbürgerschaft habe, gehe ich immer wählen und abstimmen. Denn diese Möglichkeit zu haben, schätze ich sehr und nehme es auch nicht als selbstverständlich an. Dabei geht es mir auch darum, den MigrantInnen eine Stimme zu geben.» Projekte wie HelloWelcome auch politisch unterstützen zu können, ist ihr eine wichtige Motivation. Auf die Frage, ob sie Stimm- und Wahlrecht

für AusländerInnen eine gute Sache fände, antwortet Minu dezidiert mit Ja. «Wer in der Schweiz lebt und sich in den Alltag integriert, sollte das Recht haben, mitzubestimmen.»

Sepehr ist heute 26jährig und studiert Bauingenieur an der HSLU. «Seit ich eingebürgert bin, nehme ich an jeder Abstimmung und Wahl teil. Aber früher hat mich die Politik in der Schweiz nicht interessiert. Wieso sollte ich mich für ein System interessieren, zu dem ich nicht dazugehöre, das mich ausschliesst? Meine Motivation, Schweizer zu werden, war, dass ich mich als Schweizer fühle. Ich bin hier aufgewachsen, ich spreche schweizerdeutsch, meine Freunde sind Schweizer. Aber die Politik hier interessiert mich erst, seit ich mich auch aktiv beteiligen kann». Sepehr ist heute Vorstandsmitglied der Grünen der Stadt Luzern und stellt sich als Kandidat für den Kantonsrat zur Verfügung. Er fordert seine Freunde auf, wählen zu gehen, und versteht manchmal nicht, dass viele SchweizerInnen ihr Wahl- und Stimmrecht nicht wahrnehmen. «Wir schätzen die Demokratie mehr, weil wir auch die andere Seite kennen», sagt er. Genau wie seine Mutter setzt er sich dafür ein, neu angekommenen Menschen zu vermitteln, wie es in der Schweiz läuft. Kulturelle Unterschiede zu verstehen und gegenseitig zu respektieren ist für ihn die Voraussetzung für das Zusammenleben.

«WIE SOLL MAN SICH INTEGRIEREN, WENN MAN NICHT DAZU GEHÖRT?»

AusländerInnen machen etwa einen Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung aus, und sie haben keine demokratischen Rechte. Das weckt Erinnerungen an die nicht so ferne Zeit, als Frauen keinerlei politischen Rechte hatten in unserer hochgelobten direkten Demokratie. Diese Menschen sind Teil unserer Gesellschaft, sind von politischen Entscheidungen betroffen. Sepehr bringt es auf den Punkt, wenn er fragt: «Wie soll man sich integrieren, wenn man nicht dazu gehört?» Die politischen Rechte gehören zum Integrationsprozess dazu, wir sollten aufhören, diese als Belohnung für Wohlverhalten zu erteilen. Politische Rechte für AusländerInnen – die konkreten Bedingungen müssten selbstredend im Gesetzgebungsverfahren festgelegt werden – sollten in einem Land, das sehr stark von deren Anwesenheit geprägt und auch davon abhängig ist, selbstverständlich sein. Die Politik würde dadurch nicht besser, auch nicht linker oder rechter. Aber Menschen, die in anderen Lebenswelten stehen, die genauso zu unserer Gesellschaft gehören, könnten sich mit ihren Anliegen einbringen, müssten sich auch mit unserem System verstärkt auseinandersetzen. Das wäre eine Stärkung der direkten Demokratie.

Ruth Bollinger
Grünes Mitglied der Redaktionsgruppe Rundbrief

INTERVIEW MIT DEN KANTONSRÄTINNEN CHRISTINA REUSSER UND RAHEL ESTERMANN

«ALS KANTONSRÄTIN HABE ICH WERTVOLLE INSTRUMENTE ZUR HAND»

Tiefe Wahlbeteiligung und komplexe Geschäfte: Die Arbeit des Luzerner Kantonsrat stösst in der breiten Bevölkerung zuweilen auf geringes Interesse. Zu Unrecht, wie zwei Mitglieder der Grünen Fraktion im Interview betonen.

Rahel, du wurdest gerade im September vereidigt, bei dir Christina ist das bereits 12 Jahre her. Was ging euch beiden durch den Kopf, als ihr den Amtseid abgelegt habt?

Rahel: Es fühlt sich schon speziell und auch aufregend an, wenn sich Regierung und 119 Parlamentsmitglieder für die eigene Vereidigung erheben. Auf einmal kommt man in der politischen Arena an, die man sonst als Grüne von aussen beobachtet hat.

Christina: Im Gegensatz zu Rahel war ich eine von 120 Personen, welche zu Beginn der neuen Legislatur vereidigt wurde. Das Ganze erinnerte mich etwas an meinen ersten Schultag. Rundherum stehen leicht nervöse Leute, die ja keinen Fehler machen wollen. Alle sind gwundrig, wer nun die Sitznachbarin für die nächsten vier Jahre sein wird und ob man sich siezen oder duzen soll.



Christina Reusser

Wie wirkte der Parlamentsbetrieb auf dich?

Christina: Förmliche Ansprachen, informeller Dresscode und ein Gebot der Zurückhaltung für frische Mitglieder: Die straffe Etikette überraschte mich. Doch an die offiziellen und inoffiziellen Regeln hat man sich irgendwann gewöhnt. Es gibt auch viele tolle und amü-

sante Aspekte: Wichtig ist auch der informelle Rahmen ausserhalb des Ratsbetriebes. Die Präsidentenfeiern, Inthronisationen oder Apéros, diese gesellschaftlichen Events werden durchaus gepflegt.

Wo finden die wirklich wichtigen Gespräche zwischen den politischen Lagern statt? Im Ratssaal, an der Kaffeemaschine, beim Bier oder nur unter Zwang?

Christina: In den Kommissionen werden sehr wichtige und oft gute Diskussionen geführt. Man hört sich zu und kann im Gespräch einiges an Überzeugungsarbeit leisten. In der Kommission gelingt es mir so immer wieder, für meine Vorschläge eine Mehrheit zu finden. Nicht zu unterschätzen sind auch Gespräche in der Wandelhalle, gerade wenn man die Kantonsratsmitglieder bereits gut kennt. Im Parlament hingegen sind die Meinungen meistens gemacht, neue Vorschläge haben dann kaum eine Chance.

Wie viel Zeit investiert ihr in euer Mandat – und was erhaltet ihr dafür?

Rahel: Die Arbeitsbelastung ist hoch und schwankt stark, es sind wohl durchschnittlich etwa 12 Arbeitsstunden pro Woche. Für Sessionen und Sitzungen gibt es eine Entschädigung des Kantons, die aber relativ gering ist. Doch was zählt: Als Kantonsrätin habe ich wertvolle Instrumente zur Hand, um die Grünen Anliegen zu vertreten und unsere Sicht der Dinge zur Debatte beizusteuern.

Christina: Ein sehr breiter Wissensschatz, stärkere Auftrittskompetenz und Kommunikationsfähigkeiten: Als Kantonsrätin lerne ich enorm viele Dinge. Gerade bei Themen, mit denen ich mich ansonsten nicht auseinandersetzen würde, packt mich immer wieder der Ehrgeiz, eine Sache zu durchdringen und zu verstehen. Das kann ich mir in keiner Weiterbildung in dieser Breite aneignen.

Als Kantonsrätinnen schreibt und verabschiedet ihr Gesetze, welche die Spielregeln nach denen Bevölkerung, Institutionen und Unternehmen in Luzern handeln, für unbestimmte Zeit festlegen. Eine grosse Verantwortung.

Christina: Zu Beginn war es für mich schwer verständlich, dass ich meine Vorstösse ohne Rücksprache einbringen konnte. Das schien mir etwas fahrlässig. Doch ist jedes Gesetz ein Gemeinschaftsprodukt. Ich kann zwar ein Gesetz in einer reinen Form anregen, doch das Ergebnis ist ein Prozess, in den zahlreiche Akteure involviert sind. Die Verantwortung ist also immer geteilt.

Rahel: Ich glaube, es ist wichtig, mit einem gesunden Selbstbewusstsein seine Sache zu vertreten. Es liegt an uns, uns seriös mit den zuweilen komplexen Geschäften auseinanderzusetzen und diese Verantwortung wahrzunehmen.



Rahel Estermann

Abseits dieser abstrakten Gedanken: Was hat der Kantonsrat für einen konkreten Einfluss auf das Leben der Luzernerinnen und Luzerner?

Christina: Das hat einen direkten Einfluss in allen Bereichen. Die politischen Prozesse mögen abstrakt sein, die Auswirkungen sind indessen sehr real. Das zeigt sich exemplarisch bei der Alimentenbevorschussung. In Luzern gilt eine fixe Einkommensgrenze: Wenn diese um einen Franken überschritten wird, erhalten Alleinerziehende keinen Franken für ihr Kind. Diese Bestimmung kann Betroffene unnötig von einer Erwerbstätigkeit abhalten und hat finanzielle Auswirkungen. Für eine abgestufte Bevorschussung kämpfe ich schon längere Zeit hartnäckig, jetzt könnte es klappen.

Rahel: Ein weniger dramatisches Beispiel aus der Kulturförderung für die freie Szene: Ob hier 1,7 Millionen oder 1,6 Millionen Franken im Budget gesprochen werden, scheint marginal. Doch aufgrund dieser Einsparung erhalten zahlreiche Laienproduktionen im Kanton keinen oder einen deutlich geringeren Projektbeitrag. Und so gibt es sehr viele Themen, die für Betroffene grosse Auswirkungen haben, aber nicht auf dem Radar der Öffentlichkeit erscheinen.

1971 wählten über 70 Prozent der Bevölkerung, 2015 lag die Wahlbeteiligung gerade noch bei 38.7 Prozent. Das Parlament ist heute weit davon entfernt, die Luzerner Gesamtbevölkerung zu repräsentieren. Was ist da los?

Rahel: Kantonale Politik hat insgesamt einen schwierigeren Stand: Anders als auf nationaler Ebene fehlt es oft an der medialen Berichterstattung. Ich habe den Eindruck, dass viele BürgerInnen nicht so genau wissen, was im Kantonsrat eigentlich geschieht. Dadurch reduziert sich der Anreiz, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Christina: Eine unschöne Tendenz und es stellt sich bei dieser tiefen Beteiligung auch die Frage, ob wir überhaupt legitimiert sind. Viele sehen keinerlei Notwendigkeit mehr, sich mit Politik auseinanderzusetzen.

Nur jedes vierte Mitglied der Legislative eine Frau, auf den Wahllisten vieler Luzerner Parteien sieht es nicht besser aus. Kommen Frauenthemen zu kurz?

Rahel: Ich glaube nicht, dass sich viele Abstimmungsergebnisse im Rat ändern würden, hätte es mehr Frauen. Aber die Art zu politisieren, zu diskutieren und aufzutreten, das machen Frauen schon anders.

Wie können mehr Frauen motiviert werden, sich zur Wahl zu stellen?

Rahel: Wichtig ist besonders, dass man den Frauen Vertrauen gibt, dass sie diesem Amt gewachsen sind. Auf den Grünen Listen haben wir die Regel, wo immer möglich gleich viele Frauen wie Männer zur Wahl zu stellen.

Christina: Mir scheint ausserdem entscheidend, dass man auf die Ängste der potenziellen Kandidatinnen ernsthaft eingeht. Da können wir auch unsere Erfahrungen als Bisherige teilen und damit die notwendige Sicherheit geben.

Das Interview führte Gian Waldvogel,
Sekretär Grüne Luzern



SORG UND FALT

DU WILLST ES?
DANN WÄHL ES.



ABSTIMMUNG ZERSIEDELUNGSINITIATIVE

DIE REZEPTUR FÜR DIE BEKÄMPFUNG DER ZERSIEDELUNG IST DENKBAR EINFACH!

Nachdem du diese Seite zu Ende gelesen hast, werden weitere 80 Quadratmeter Kulturland verbaut sein. Asphaltiert, zubetoniert, versiegelt, zersiedelt. Man kann nun extra schnell lesen, so dass man vielleicht nur auf 60 Quadratmeter kommt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass in der Schweiz pro Sekunde rund 0.8 Quadratmeter Wiese verbaut wird. Schneller lesen ist also keine Lösung. Eine Lösung ist aber die Zersiedelungsinitiative. 2015 haben die Jungen Grünen ihre zweite nationale Initiative lanciert und 2016 erfolgreich eingereicht. 97'000 Unterschriften sammelten allein die Jungen Grünen, so viel wie noch keine Jungpartei je für eine Initiative gesammelt hat. Die Rezeptur für die Bekämpfung der Zersiedelung ist denkbar einfach. So wie es nicht weniger Waldfläche in der Schweiz geben darf, soll es nicht mehr Baufläche geben. Für jede Fläche, die neu eingezont wird, muss an einem anderen Ort Bauland ausgezont werden. Im Gegenzug sollen nachhaltige Quartiere mit einer besseren Flächennutzung und höherer Lebensqualität gefördert werden.

«Aber wegen den Zuwanderern wird alles verbaut!» ruft der kleine Patrick hinter dem Ofen hervor. Jein, beziehungsweise Nein. Die gesamte Siedlungsfläche für Wohnraum hat von 1985 bis 2009 um 44 % zugenommen. Gleichzeitig ist die Wohnbevölkerung in der Schweiz aber nur um 17 % angestiegen. Zudem haben SchweizerInnen im Schnitt grössere Wohnungen als AusländerInnen. Eine rassistisch motivierte Zuwanderungspolitik löst also nicht das Problem der Zersiedelung.

«Aber dann steigen die Mieten ins Unendliche» ruft noch Sebastian hinter dem anderen Ofen hervor. Die Baufläche in der Schweiz ist endlich. Sobald alles verbaut sein wird, stehen wir vor dem gleichen Problem; wir zögern es aktuell nur heraus und stehen nachher einfach ohne Grünfläche da. Mit der Zersiedelungsinitiative wird das Problem der steigenden Mieten nicht gelöst, aber es muss angepackt werden. Schuld an hohen Mietpreisen ist nicht der Landschaftsschutz, sondern profitgierige Immobilienhaie. Und glauben wir nicht irgendwelchen Bürgerlichen, die plötzlich mit Mietschutz argumentieren. Lassen wir die Wölfe im Schafspelz auf der Wiese.

Jetzt heisst es die Chance zu packen und mit dieser Initiative unser Kulturland, unsere Grünflächen und unsere Naherholungsgebiete in die Verfassung zu schreiben. Sorgen wir mit einem JA am 10. Februar dafür, dass auch unsere Kinder noch wissen, woher die

Milch kommt. Lebendige Quartiere mit Grünflächen und kurzen Strecken sind die Zukunft. Nicht stundenlang im Stau stehen, bis man in Oberpfpfikon in einem Einfamilienhausquartier allein aus dem Fenster schaut und kein Grün mehr sieht, weil von Genf bis St. Gallen alles verbaut wurde. Das waren 80 Quadratmeter davon.

Jona Studhalter
Co-Präsident Junge Grüne Kanton Luzern

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»



Unseren Boden schützen!



**JA Zersiedelung stoppen
Klug bauen**

ABSTIMMUNG ZERSIEDELUNGSINITIATIVE

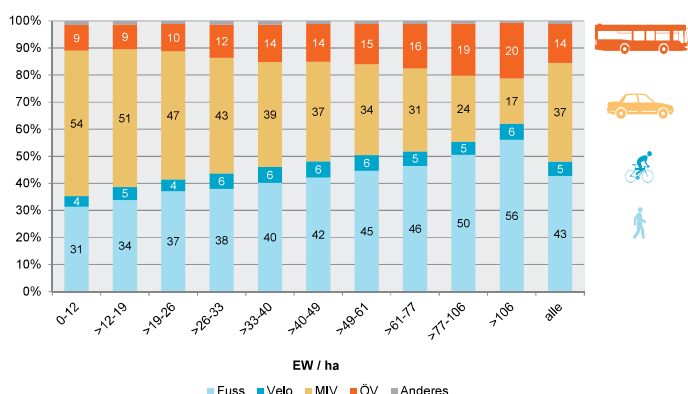
ZERSIEDELUNG IM KANTON LUZERN

Zersiedelung ist ein schwer fassbares Phänomen, da sie kaum objektiv mess- oder bestimmbar ist. Die Zersiedelung hat zahlreiche Gründe und ist sowohl auf das Bevölkerungs- als auch auf das Wohnflächenwachstum zurückzuführen. Immer mehr Menschen brauchen immer mehr Platz. Durchschnittlich 45m² Wohnfläche werden in der Schweiz pro Kopf heute beansprucht. Die Zersiedelung findet sowohl im Siedlungsgebiet, wenn sich Siedlungen vergrössern, als auch ausserhalb des Siedlungsgebietes zum Beispiel durch die Umwandlung von Bauernhäusern in Wohnhäuser statt.

BAUEN AUSSERHALB DER BAUZONE

Obwohl die Trennung von Bauzone und Nicht-Bauzone das Fundament der Schweizer Raumplanung bildet, bedeutet dies nicht, dass ausserhalb der Bauzone nicht gebaut wird. Im Kanton Luzern befinden sich über 30 Prozent der Gebäude ausserhalb der Bauzone. In diesen Gebäuden befinden sich fast 10 Prozent der Wohnungen im Kanton, dieser Wert liegt deutlich über dem Schweizer Durchschnitt und ist ähnlich wie in den Kantonen Bern und Schwyz. Eigentlich sollten ausserhalb des Siedlungsgebietes nur standortgebundene Nutzungen vorhanden sein (zum Beispiel Wasserversorgung, Wohnhaus zum Bauernhaus etc.) jedoch werden immer mehr alte Gebäude umgenutzt. Dies ist insofern problematisch, da diese Gebiete kaum erschliessbar sind (zum Beispiel mit ÖV) und zusätzliche Infrastrukturen dafür erstellt werden müssen.

DICHTEN UND MOBILITÄT



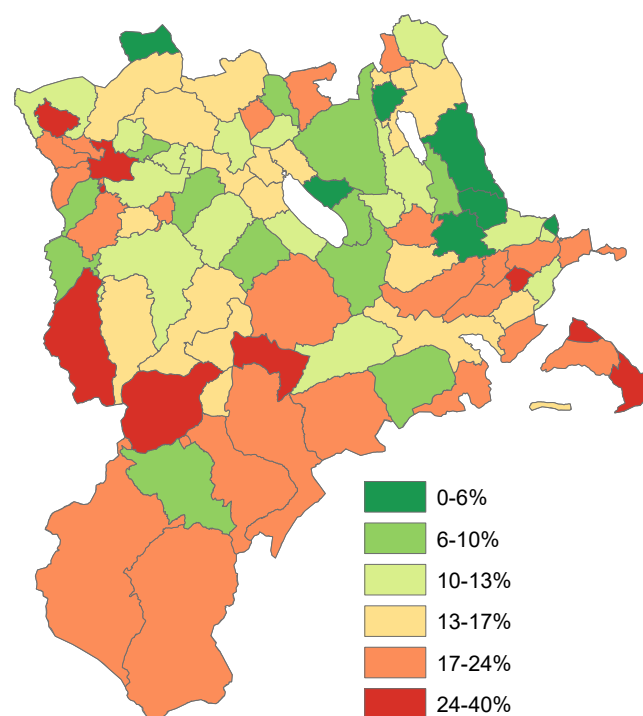
Je höher die Dichte einer Siedlung, desto mehr wird auf Langsamverkehr und öV gesetzt.

Quelle: ARE, Dichte und Mobilitätsverhalten

Siedlungsentwicklung und Verkehr entwickeln sich im Einklang, die Zersiedelung fördert das Mobilitätswachstum. Was dabei aber noch viel wichtiger ist: Das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung unterscheidet sich je nach Dichte. In der nebenstehenden Grafik ist

zu erkennen, wie sich das bevorzugte Verkehrsmittel je nach Bevölkerungsdichte verändert. Dies zeigt auf, dass durch Verdichtung die Verkehrsbelastung reduziert werden kann, zudem sind weniger Parkplätze notwendig. Ein durchschnittlicher Parkplatz benötigt 28m² Fläche (inkl. Erschliessung).

RESERVEN IM KANTON LUZERN



Anteil der unüberbauten Wohnzonen

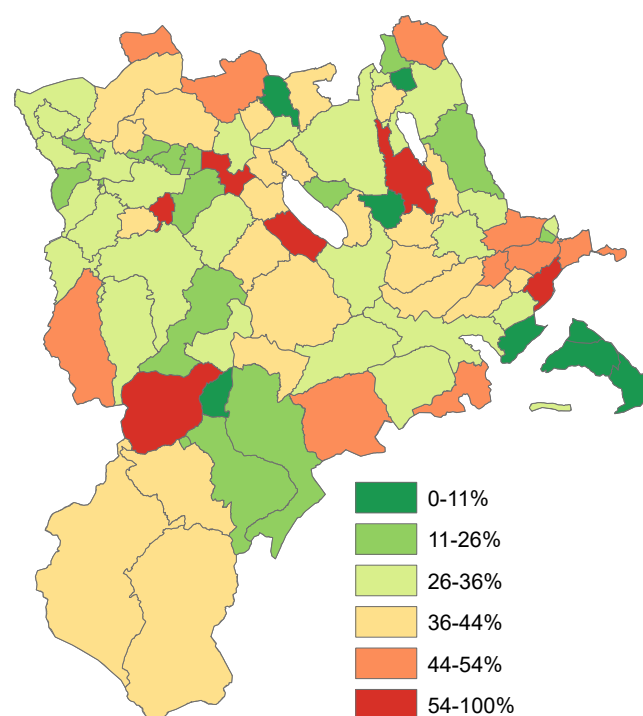


Abbildung 4 Anteil der unüberbauten Arbeitszonen

In der Schweiz gibt es keine standardisierten Register oder Datenbanken, um die bisher unüberbauten Bauzonen zu erfassen. Das Bundesamt für Statistik bestimmt die un bebauten inneren Potenziale mithilfe der Auswertung von Luftbildern. Die Statistik gibt nur an, wie viel Fläche nicht bebaut ist und steht nicht im Zusammenhang mit der tatsächlichen Ausnutzung der Flächen. Leider erhebt der Kanton Luzern keine Daten zur tatsächlichen Ausnutzung der bestehenden Bauzonen, was nicht ermöglicht, aufzuzeigen, wo und wie viele tatsächliche Reserven vorhanden sind. Um der Zersiedelung wirklich entgegenwirken zu können, bräuchte der Kanton aber genau diese Daten. Eine Möglichkeit dazu stellt das Raumplus+ Programm der ETH Zürich dar (www.raumplus.ethz.ch); der Kanton Luzern hat jedoch leider bisher daran nicht teilgenommen und stellt zu keinen Reserven Daten zur Verfügung.

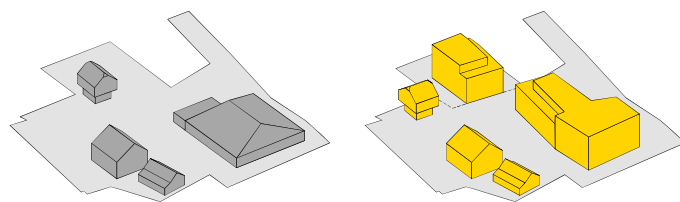
Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass im Kanton Luzern noch beträchtliche Reserven vorhanden sind. In den obigen Abbildungen sind die Anteile der unüberbauten Arbeits- bzw. Wohnzone am Gesamttotal der jeweiligen Zone zu erkennen. Es ist zu erkennen, dass der Anteil der Reserven in den Arbeitszonen deutlich höher ist als jener in den Wohnzonen. Dies widerspiegelt die Wirtschaftspolitik vieler Gemeinden, die sich davon neue Unternehmen erhoffen. Jedoch ist das Problem, dass zwar flächenmässig im ganzen Kanton Luzern genügend Reserven in der Arbeitszone vorhanden wäre, die einzelnen Flächen aber oft zu klein sind, um auch tatsächlich neue Firmen ansiedeln zu können. Auch befinden sich diese Reserven oft an nicht geeigneten Lagen. Das zeigt, dass nach Annahme der Zersiedelungsinitiative mithilfe von Abtausch der Bauzonen auch weiterhin gebaut werden könnte. Dies würde dann aber am richtigen Ort geschehen.

INNERE VERDICHTUNG

Im Artikel wurde viel über Innere Verdichtung erläutert, aber wie sieht Innere Verdichtung genau aus? Man könnte meinen, dass einfach überall ein Stockwerk mehr gebaut wird. Abgesehen davon, dass dies gar nicht überall möglich ist, ist es auch aus verkehrsplannerischer Sicht nicht zielführend. Viel sinnvoller ist es, dort zu verdichten, wo die zukünftigen BewohnerInnen guten öV-Anschluss haben. Konkret bedeutet das: Im Zentrum wachsen und an der Peripherie die niedrigen Dichten beibehalten. Verdichtung bedeutet auch nicht, Hochhäuser zu bauen. Mit den geltenden Richtlinien ist in der Schweiz ein Hochhaus etwa gleich dicht wie die Neustadt in Luzern. Qualitative Verdichtung ist abhängig von der jeweiligen Umgebung. Wie das aussehen kann, ist in den zwei untenstehenden Beispielen erläutert.

BALLWIL (LU) | MARGARETHENHOF

Sanierung eines Bauernhauses von 1782 und Neubauten

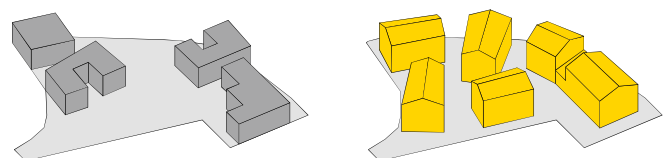


	VORHER	NACHHER	FAZIT
Parzellenfläche	5300 m ²	5300 m ²	
Siedlungsfläche	1254 m ²	1204 m ²	-50 m ²
Geschossfläche	1709 m ²	4024 m ²	+2315 m ²
Bevölkerungsverdichtung	20 E/A	80 E/A	+60 E/A

Abbildung 5 – Verdichtungsbeispiel in Ballwil

NÄFELS (GL) | IM DORF

Wohnüberbauung mit Gewerbenutzung Im Dorfzentrum



	VORHER	NACHHER	FAZIT
Parzellenfläche	4670 m ²	4670 m ²	
Siedlungsfläche	1490 m ²	1810 m ²	+320 m ²
Geschossfläche	5450 m ²	7500 m ²	+2050 m ²
Bevölkerungsverdichtung	100 E/A	150 E/A	+50 E/A

Abbildung 6- Verdichtungsbeispiel in Näfels

FAZIT

Bei Einzonungen wird aus Landwirtschaftsland (5 – 10 Franken pro m²) Bauland (200 – 1000 Franken pro m²). Dass darum bei Neueinzonungen oft der finanzielle Anreiz im Vordergrund steht, liegt auf der Hand. Dieser Fehlanreiz ist Grund für die verfehlte Raumplanungspolitik der vergangenen Jahre. Auch das neue Raumplanungsgesetz stoppt die Zersiedelung nicht genügend. Die Zersiedelungsinitiative hingegen erzeugt durch den Verzicht auf mehr Bauland den notwendigen Druck, ungeeignetes Bauland auszuzonen. In den bisherigen Bauzonen haben noch 0.7 bis 1.4 Millionen Einwohner Platz. Sollte dieses Bevölkerungswachstum erreicht sein, können die bestehenden Bauzonen verdichtet werden, ohne dass Lebensqualität verloren geht. Die letzten 40 Jahre Raumplanung haben gezeigt, dass Kantone und Gemeinden nicht im grösseren Kontext, sondern vor allem im Interesse der eigenen Finanzen Raumplanung betreiben. Die Zersiedelungsinitiative fördert lebenswerte Städte und Landschaften und verhindert, dass das Mittelland einmal zu einem riesigen Siedlungsbrei ohne Grenzen wird.

Autor: Marco Huwiler, Grüner Einwohnerrat in Emmen und Student Raumentwicklung und Infrastruktursystem.

SPANGE NORD

VERKEHR PLATZSPAREND UND VERTRÄGLICH FÜR DIE BEVÖLKERUNG ORGANISIEREN



Bild: Jutta Vogel

Eine breite Basis unterstützt den Widerstand gegen die Spange Nord. Über 80 Personen nahmen im Dezember an einer Fotoaktion der Grünen gegen das unsinnige Bauprojekt teil. Der Grüne Nationalrat Michael Töngi zeigt in einem Interview die Hintergründe zu diesem unsinnigen Strassenprojekt auf.

Der West-Ast in Biel, Bypass und Spange Nord in Luzern, eine zweistöckige Autobahn im Limmattal, um nur einige Beispiele zu nennen: Woher kommt dieser grosse Druck, Betonwalzen durch urbane Gebiete zu führen?

Die Verkehrspolitik in Bern ist im Strassenbereich noch auf Wachstum ausgerichtet. Das ist der Fluch des Strassenverkehrsfonds, den das Volk unterstützt hat: Dank dem NAF sprudelt das Geld, das jetzt in neue Projekte gebuttert werden kann. Zudem herrscht ein Verteilungskampf zwischen den Regionen, alle möchten ein Stück des grossen Kuchens abbekommen. Deshalb setzen sich viele PolitikerInnen für Nationalstrassenprojekte in ihrem Kanton ein.

Der Bypass und die Spange Nord wurden vom Bundesrat gutgeheissen, die Finanzierung für den Bypass steht bereits. Heisst das: Game Over für die KritikerInnen in Luzern?

Das Projekt zu verhindern ist extrem schwierig. Gerade das Südportal ist jedoch für Kriens im derzeitigen Projektstadium völlig unbefriedigend. Die Lärmbelastung ist nach wie vor hoch. Ich engagiere mich dafür, dass in Kriens zumindest eine erträgliche Lösung gefunden wird mit einer längeren Überdachung der zehnspurigen Autobahn. Der Bund nimmt zu wenig Rücksicht auf die Bedingungen vor Ort und vergibt eine grosse Chance. Wenn eine Infrastruktur schon dermassen ausgebaut

wird, so muss doch ein echter Mehrwert für die Ansässigen entstehen. Der Einbezug der Standortgemeinde geschieht jedoch nicht automatisch, er muss eingefordert werden.

Wie beurteilst du die Rolle der Luzerner Regierung?

Die KrienserInnen sind der Meinung, dass sich der Regierungsrat viel stärker für eine längere Eindachung hätte einsetzen müssen. Leider erstaunt mich diese Kritik nicht: Wie der Kanton beim Autobahnzubringer Spange Nord mit den QuartierbewohnerInnen umging, ist ebenfalls deplorabel. Er musste zuerst vom Kantonsrat zu einem Dialog verknurrt werden.

Bisher war das Kantonsprojekt Spange Nord mit dem Bundesprojekt Bypass gekoppelt. Was geschieht, wenn die Spange Nord abgelehnt wird von der Bevölkerung oder von der Regierung fallengelassen wird – würde der Bypass dennoch umgesetzt?

Ich gehe davon aus. Das Geld ist vorhanden, andere baureife Projekte nicht in Sicht und da ist die Versuchung gross, den Bypass so oder so zu realisieren. Inzwischen versucht das Bundesamt für Strassen das 1,7-Milliardenprojekt damit zu legitimieren, dass bei einer Sanierung der Stadtautobahn eine parallele Infrastruktur notwendig sei. Dabei ist der City-Ring gerade erst erneuert worden. Und: Sollen wir denn jetzt alle Infrastrukturen verdoppeln, damit wir sie dereinst sanieren können?

Ein zentrales Argument für zusätzliche Strassenabschnitte ist jeweils die Engpassbereinigung. Aber sind weitere Fahrspuren ein praktikables Rezept gegen Staus?

Überhaupt nicht. Immer wenn ein Autobahnabschnitt erweitert wird, kommt es ein paar Kilometer weiter zu einem Engpass. Es ist nun mal einfach so, dass mehr Strassen auch zu mehr Verkehr führen. Bestes Beispiel ist die A4- oder der Rontalzubringer. Kaum gebaut, waren die Strassen in den umliegenden Gemeinden innert kürzester Zeit wieder überlastet. In der kleinräumigen Schweiz müssen wir den Verkehr platzsparend und verträglich für die Bevölkerung organisieren. Auf der Landschaft wird das Auto weiterhin eine Rolle spielen, aber in den grossen Ballungszentren sind Zug, Bus und das Velo viel sinnvoller. Machen wir deren Vorteile nicht mit neuen grossen Infrastrukturen für den Autoverkehr kaputt.

Das Interview mit Michael Töngi führte Gian Waldvogel, Sekretär Grüne Luzern

GRÜNE STADT LUZERN

AKTUELLES AUS DEM GROSSEN STADTRAT



Heutige Parkplatz-Sharing-Plattformen sind grundsätzlich rechtswidrig.

PUBLIC SPACE, PUBLIC LIFE

Ende Oktober wurde eine Motion von Korintha Bärtsch im Parlament überwiesen, die fordert, dass in der Innenstadt von Luzern der Aufenthaltsqualität mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Dabei sollen die Ansätze des dänischen Stadtplaners Jan Gehl (seine Konzepte: Public space, public life) einbezogen werden. Strassenräume sollen vermehrt als Lebensräume verstanden und weiterentwickelt werden. Die FussgängerInnen stehen dabei im Zentrum.

STÄDTISCHE PENSIONSASSE FÖRDERT DIE KLIMAERWÄRMUNG

In einer Interpellation hat Korintha Bärtsch herausgefunden, dass rund 61 Millionen Franken der Anlagegelder der städtischen Pensionskasse in einem Bereich investiert sind, die eine Klimaerwärmung von bis zu 6 Grad unterstützen (Quelle: Klimaverträglichkeits-

Pilottests Schweiz). Die Grünen wollen erwirken, dass diese Pensionskasse im Bereich des Klimaschutzes den Zielen des 2-Grad-Zielpfads gemäss Pariser Abkommens nachkommt. Wir bleiben dran.

CARPARKIERUNG: PARTIZIPATIONSPROZESS UND TOURISMUSDISKUSSION

Ende November wurde vier Monate nach der Rückweisung der Allmendlösung im Grossstadtrat die Initiative zum Parkhaus Musegg zurückgezogen. Wie die Grünen seit langer Zeit fordern, soll das Thema der Carparkierung zuerst in Ruhe analysiert werden, dann mögliche Rahmenbedingungen und Ziele definiert und erst dann denkbare Projekte und Lösungen diskutiert werden. Die bisherige Diskussion über einzelne (absurde) Projekte erachten wir nicht als hilfreich. Zudem soll auch zuerst die Tourismusdiskussion (Vision 2030) umfassend geführt werden.

PARKPLATZ SHARING IN DER STADT LUZERN

Parkplatzteilen als Teil der Share Economy: Marco Müller hat in einer Motion gefordert, dass die heute rechtlich nicht zulässigen Formen des Parkplatzteilens neu geregelt und legalisiert werden sollen. Im Gegenzug und um Mehrverkehr zu vermeiden, soll entsprechend die Zahl der öffentlichen Parkplätze reduziert werden. Ziel: Weniger Platzverschwendung dank moderner Technologien. Der Stadtrat beantragt, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Das Parlament wird Ende Januar darüber beschliessen.

Christian Hochstrasser, Grossstadtrat Grüne Luzern

GRÜNE STADT LUZERN

FREIBURG IM BREISGAU: VORBILD FÜR LUZERN?

Freiburg im Breisgau gilt als eine der Pionierstädte im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung. Vorstand und Fraktion der Stadt Luzerner Grünen wollten es genauer wissen und sind für eine Weiterbildungsreise in den grossen Kanton gereist.

Die 11 Grünen aus Luzern erkundeten Freiburg per Rad und liessen sich von einer Stadtführerin und einer Vertreterin der lokalen Grünen die Entwicklungen

Freiburgs erklären. Auf dem Weg zum Quartier Vauban machten wir im Sanierungsgebiet Weingarten halt. In dieser in die Jahre gekommen Blocksiedlung aus den 60er-Jahren sollen nicht nur die Häuser zu energieautarken Gebäuden saniert werden; das Quartier soll auch durch die gezielte Ansiedlung von Geschäften belebt und die BewohnerInnen sollen in die Entscheidungen zur Weiterentwicklung einbezogen werden. Die Wohnungen wurden verkleinert, so dass der Raum bedarfsgerechter genutzt werden kann.



Vauban beeindruckte die Grünen als grösstenteils verkehrsberuhigtes Wohngebiet mit grossem Baumbestand. Die Infrastruktur mit Kindergärten, Schulen, Begegnungsstätten, einem Marktplatz und vielen Freizeit- und Spielplätzen wurde unter Beteiligung der BewohnerInnen aufgebaut. Viele Haushalte leben völlig autofrei, viele Parkplätze sind für Carsharing-Nutzer reserviert. 170 Wohneinheiten wurden in Passivbauweise, weitere 70 in Plusenergiebauweise errichtet. Die Versorgung aus einem mit erneuerbaren Energien

betriebenen Nahwärmenetz und der Einsatz von Solartechnik sind überwiegend Standard.

Auf spezielles Interesse stiessen bei den Luzerner Grünen die vielfältigen Formen der Bürgerbeteiligung, die sich in Freiburg etabliert haben. So gibt es neben den oben geschilderten Beispielen auch einen so genannten Beteiligungshaushalt, ein Budget, welches von der Bevölkerung mitgestaltet wird. Dabei können die Einwohnerinnen und Einwohner eigene Vorschläge machen, für was die Stadt mehr oder weniger Geld ausgeben soll. Die Vorschläge werden an die Fraktionen des Gemeinderats übergeben und fliessen in die offiziellen Budgetberatungen ein.

Die aktuell grösste Sorge in der Studentenstadt Freiburg ist der fehlende Wohnraum. Und so befürworten die Grünen denn auch die Schaffung eines neuen Stadtteils auf der grünen Wiese. Also so ziemlich das Gegenteil von dem, was wir hier gerade mit der Zersiedelungsinitiative fordern.

Martin Abele, Präsident Grüne Stadt Luzern

GRÜNE WILLISAU

GESAMTREVISON DER NUTZUNGSPLANUNG STADT WILLISAU

Am 11. März 2019 findet in Willisau die Gemeindeversammlung statt, welche über die Anpassungen des Bau- und Zonenreglements und des Zonenplans befinden. Obwohl der inneren Verdichtung ein Gewicht beigemessen wird, haben ökologische Themen sowie erneuerbare und zukunftsgerichtete Energieformen darin keinen Eingang gefunden.

Die Grünen Willisau haben gemeinsam mit der SP Willisau und dem Naturschutzverein Willisau in einigen Punkten Einsprache erhoben. Die Haupteinsprachepunkte beziehen sich auf die mangelhafte Umsetzung von übergeordneten Gesetzen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes sowie das Fehlen einer Umweltkommission, welche diese Umsetzung überprüft und begleitet. Zudem sind die Bestimmungen zum Bau von Parkplätzen bei einem Bedarf von mehr als 20 Parkplätzen lasch und es kann immer noch ein grosser Teil der Parkplätze oberirdisch, mit grossem Kulturlandverlust, gebaut werden.

Einen ersten Erfolg konnten wir erreichen. Die Stadt Willisau hat zugesichert, dass sie spätestens auf die

neue Legislatur hin eine Umwelt- und Energiekommission einsetzen will. Die entsprechenden Reglemente werden nun ausgearbeitet. Somit wird Willisau nicht mehr die grösste Luzerner Gemeinde ohne Umweltkommission bleiben. Weiterhin bestehen bleibt die Forderung, dass die Stadt Willisau unverzüglich die übergeordneten Gesetze zum Natur- und Umweltschutz umsetzt, namentlich das Erstellen eines Inventars mit Naturobjekten von lokaler Bedeutung.

Die Forderung, dass bei Bauvorhaben mit mehr als 20 Parkplätzen maximal fünf Prozent der darüber hinausgehenden Parkplätze oberirdisch sein dürfen, konnten wir im Rahmen der Einspracheverhandlungen nicht durchbringen. Sie erschien dem Stadtrat zu radikal. Der Schutz von Kulturland und die Bedeutung der zurückhaltenden Nutzung unverbauter Landflächen gewichtet er weniger wichtig, als die Ansiedlung neuer und unnötiger Fachmärkte. Dieser Einsprachepunkt wird nun an der Gemeindeversammlung vom 11. März 2019 behandelt werden. Wir bleiben dran.

Esther Müller, Präsidentin Grüne Willisau

A photograph of a classroom. In the foreground, the back of a student's head and shoulders are visible, wearing a blue and yellow plaid shirt. To the left, another student's arm is raised. In the background, a female teacher with short blonde hair is smiling. Behind her is a green chalkboard with a grid of numbers. The text 'GELD UND GEIST' is overlaid in large white letters.

GELD UND GEIST

DU WILLST ES?

DANN WÄHL ES.



GRÜNE KRIENS

KRIENS HAT EIN NEUES GESAMTVERKEHRSKONZEPT

Lange hat es gedauert, aber Kriens hat endlich ein neues Verkehrskonzept. Für die Grünen Kriens hat sich das lange Warten gelohnt. Das neue Gesamtverkehrskonzept (GVKK) wirkt ausgereift, überzeugt durch seinen gesamtheitlichen Ansatz und ist das Produkt einer breiten Mitwirkung. Die nachfolgenden Punkte haben uns besonders überzeugt.

DER GESAMTHEITLICHE ANSATZ

Das neue GVKK verfolgt einen gesamtheitlichen Ansatz. Mit rund 70 Massnahmen soll sich die Verkehrssituation in Kriens nachhaltig verbessern. Diese Massnahmen berücksichtigen nicht nur alle Verkehrsteilnehmenden, sondern auch den gesamten Strassenraum. Denn nur wenn dieser optimal genutzt wird, kann der Verkehr auch fliessen. Die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden sollen nicht gegeneinander arbeiten, sondern müssen miteinander funktionieren. Dass dies nicht immer einfach ist, erscheint nur logisch. Besonders wenn man bedenkt, dass der freie Strassenraum eine endliche Ressource ist. Das heisst, auch die verfügbaren Flächen müssen möglichst effizient genutzt werden, und hier überzeugt der gesamtheitliche Ansatz ebenfalls. Dieser garantiert nämlich, dass die jeweiligen Verkehrsteilnehmenden auf den jeweiligen Strassenab-

schnitten die notwendigen Flächen zugewiesen bekommen, damit der Verkehr fliessen kann.

DAS NEU GESTALTETE ZENTRUM

Nach einer längeren Bauphase nimmt das neue Zentrum langsam wieder Formen an. Das neue Stadthaus zum Beispiel steht kurz vor Vollendung. Diese Aufwertung ist aber nur ein erster Schritt, wenn es um die Realisierung eines Zentrums mit hoher Aufenthaltsqualität geht. Dazu sind auch verkehrsplanerische Massnahmen nötig. Diese werden im neuen GVKK aufgezeigt. Mit einer Entlastung der Gallusstrasse und Tempo 30 im Zentrum werden die Voraussetzungen für einen attraktiven Aufenthaltsraum geschaffen. Mit einfachen Querungsmöglichkeiten entsteht ein wahre Zentrumszone von der Hofmatt bis zur Busschleife.

OPTIMIERUNG DER VERKEHRSSITUATION IN DEN QUARTIEREN

Zuletzt überzeugt uns die konsequente Umsetzung von Tempo 30 in den Quartieren. Diese sollen nicht zu «Schlafquartieren» verkommen, sondern ihren BewohnerInnen ebenso eine hohe Aufenthaltsqualität bieten.

Raoul Niederberger, Grüner Einwohnerrat Kriens und kantonales Vorstandsmitglied

— ANZEIGE —

ab 10. Januar

LAS HEREDERAS

von Marcelo Martinessi

ab 17. Januar

SIBEL von Guillaume Giovanetti
& Cagla Zencirci

ab 24. Januar

TWARZ

von Malgorzata Szumowska

ab 31. Januar

RAFIKI

von Wanuri Kahlu

ab So 10. Februar

DAVID HOCKNEY

von Phil Grabsky

ab 13. Februar

LA PETITE MORT

von Annie Gisler

ab 14. Februar

AN ELEPHANT SITTING STILL

von Hu Bo

ab 21. Februar

WILD PEAR TREE

von Nuri Bilge Ceylan

ab 7. März

**DIE REISE
DES BASHÔ** von Richard Dindo

ab 14. März

MY MASTERPIECE

von Gastón Duprat

s t a t t k i n o

stattkino im Bourbaki Panorama Luzern Reservationen 041 410 30 60

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm www.stattkino.ch

PALAVER RÜCKBLICK

EIN BISSCHEN ASYL? F – DIE BEWILLIGUNG FÜR EIN PROVVISORISCHES LEBEN

Das Thema mobilisierte stark: Am Palaver in den Räumlichkeiten von HelloWelcome nahmen 46 Personen teil. Wie stark die Frage nach den unterschiedlichen Formen von (Aufenthalts-)Bewilligungen unter den Nägeln brennt, zeigte sich auch dadurch, dass bereits das Einstiegsreferat durch die Sozialarbeiterin Sandra Frei mehrfach von Fragen und Diskussionsbeiträgen unterbrochen wurde.

AUF DEN STATUS KOMMT ES AN

Sandra Frei erklärte, dass nicht alle Personen, welche in der Schweiz aufgenommen werden, die gleichen Möglichkeiten besitzen. Während anerkannte Flüchtlinge (B-Bewilligung) sich relativ frei bewegen, den Wohnort wechseln und eine Erwerbsarbeit aufnehmen können ist die Situation für Personen mit einer F-Bewilligung wesentlich prekärer. Wohnortwechsel innerhalb des Kantons sind dann möglich, wenn keine Sozialhilfeabhängigkeit vorhanden ist. Die Aufnahme einer Erwerbsarbeit ist grundsätzlich möglich, jedoch bewilligungspflichtig. Bei den Arbeitgebenden herrscht teilweise Unwissen vor über die rechtliche Situation oder sie schrecken vor dem administrativen und finanziellen Aufwand zurück. Dies führt dazu, dass die Erwerbsquote unter den Personen mit einer F-Bewilligung tief liegt und wenn jemand eine Arbeit findet, dann meist im Tieflohnbereich. Eine Diskussionsteilnehmerin schilderte ihre Erfahrungen, was es für sie und ihre Familie konkret bedeutete, 13 Jahre lang mit einer F-Bewilligung in der Schweiz gelebt zu haben, mit wenig Aussicht auf eine Verbesserung der Situation.

kret bedeutete, 13 Jahre lang mit einer F-Bewilligung in der Schweiz gelebt zu haben, mit wenig Aussicht auf eine Verbesserung der Situation.

DIE SCHWEIZ: KEIN MUSTERBEISPIEL – LUZERN: AUCH NICHT BESSER

Gemäss der Referentin hat die Schweiz im europäischen Vergleich eine der restriktivsten Formen des subsidiären Schutzes. Aktuelle Revisionen der Gesetzgebung zielen zwar auf eine Lockerung der mit der vorläufigen Aufnahme verbundenen Einschränkungen ab, sind jedoch im Parlament umstritten. Der Kanton Luzern legt seinen Handlungsspielraum innerhalb der Gesetzgebung eher restriktiv aus. Die engagierte Diskussion beim Palaver hat gezeigt, dass sowohl beim Zugang zu den Grundrechten wie auch zu den Integrationsmöglichkeiten von vorläufig aufgenommenen Personen noch viele Baustellen vorhanden sind. Diese werden ohne politischen Willen und Druck kaum bearbeitet.

Roger Kirchhofer, Grünes Mitglied Palaver Organisationsgruppe

VORSCHAU

PALAVER...

... sind offene und möglichst freie Gesprächsrunden zu grundlegenden politischen Themen, jedoch nicht an ein aktuelles politisches Sachgeschäft gebunden. Die Palaver finden dreimal jährlich statt. Die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe treffen sich ca. sechsmal jährlich und versuchen, bei der Auswahl der Themen den Puls der Zeit zu spüren. Ob Wirtschaft (z. B. Wachstum), Gesellschaft (z. B. Integration), Recht (z. B. Verwahrung), Weltpolitik (z. B. Nahostkonflikt), Ökologie (z. B. Wasser), Medien (z. B. Fake News) oder viele weitere Fragen – immer steht das Politische im Vordergrund.

WIR SUCHEN NEUE MITGLIEDER

Bist du interessiert, über spannende Themen nachzudenken und die kommenden Palaver in einer kleinen Arbeitsgruppe vorzubereiten? Wir freuen uns über deine Nachricht (palaver@gruene-luzern.ch oder 041 360 79 66).



Die Kette des Vertrauens

Blockchain: Verträge und Finanztransaktionen auf Knopfdruck?

Input-Referat von Marcel Waldvogel
Professor für Informatik, Universität Konstanz
anschliessend Diskussion

Montag, 14. Januar 2019, 18.00 Uhr

Hackspace LABOR

Teiggi-Areal, Degenstrasse 3, Kriens

Eintritt frei



MEHR FARBE FÜR LUZERN

Unter diesem Slogan planen die Jungen Grünen Kanton Luzern bei den Kantonsratswahlen im Frühling 2019 durchzustarten. Am 12. Januar setzen wir mit unserer Nominationsversammlung den Startschuss zu einem ambitionierten Wahlkampf.

Bereit für das Wahljahr 2019

In den letzten Jahren haben sich die Jungen Grünen mit neu gegründeten Arbeitsgruppen, zwei Kampagnen, vielen Strassenaktionen und dem Abstimmungskampf um die Zersiedelungsinitiative nicht ausgeruht. Dabei haben wir viele motivierte neue Mitglieder gewonnen und bereichernde Erfahrungen gesammelt.

Nun sind wir bereit für das Wahljahr 2019. Gleich anschliessend an die Zersiedelungsinitiative halten wir unsere Präsenz hoch. Mit diversen APG Plakaten in der Stadt und 200 Stellplakaten über die anderen Wahlkreise verteilt, werden wir im ganzen Kanton gut sichtbar sein. Dazu wird ein farbenfrohes Video auf Busbildschirmen und Social Media erscheinen, und die AG Aktionen plant bereits kreative Aktionen zu unserem Slogan.

Listen in vier Wahlkreisen

Als einzige Jungpartei im Kanton Luzern sind die Jungen Grünen in vier von sechs Wahlkreisen mit einer eigenen Liste am Start. In den Wahlkreisen Stadt, Land, Hochdorf und Sursee kämpfen unsere fähigen jungen Mitglieder und Sympathisanten/-innen um Sitze im Kantonsrat.

Unser Wahlkampf steht unter sechs Kernthemen, die unsere Schwerpunkte verdeutlichen. Für diese, und andere zentrale Themen unserer Gesellschaft, werden unsere Kandidaten/-innen kämpfen, falls sie den Sprung in den Rat erfolgreich meistern.

- Mehr Bildung statt Abbau
- Mehr Velos statt Abgase
- Mehr Gras statt Räuber und Poli
- Mehr Frieden statt Waffen
- Mehr grün statt grau
- Mehr Liebe statt Hass

Grosse Wahlparty im Treibhaus

Um unser Engagement und unsere Energie für diesen Wahlkampf auch gehörig zusammen zu feiern, veranstalten wir am 2. Februar eine Wahlparty im Treibhaus Luzern.

Bei diesen Wahlen haben wir uns gegen eine Kandidatur für den Regierungsrat entschieden. Deshalb stehen wir umso mehr hinter Korintha Bärtsch, einer ehemaligen Jungen Grünen, die als junge, linke Frau auch uns sehr gut wieder spiegelt. Luzern hat nicht nur Farbe, sondern auch eine fähige Regierungsrätin dringend nötig.

Wir freuen uns auf diesen aktiven Winter, und hoffentlich wird ein gelungenes Ergebnis am Montag nach den Wahlen nicht nur ein Aprilscherz sein.

Text: Johanna Küng



PORTRAIT

KORINTHA BÄRTSCH



Autor Fabio Banz mit Regierungsratskandidatin Korintha Bärtsch

Korintha Bärtsch ist unsere Regierungsrats-Kandidatin für die Wahlen im März 2019. Am Interviewtag erklärt sie: «Wenn ich den Sprung in den Regierungsrat schaffe, möchte ich am Liebsten das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement übernehmen und mich in dieser Position für eine stärkere Energie- und Klimapolitik einsetzen.» Als ausgebildete Umweltwissenschaftlerin hat sie für dieses Departement die richtigen Voraussetzungen.

Wie hat ihre Karriere angefangen? Die Matura mit dem Schwerpunktfach Biologie/Chemie absolvierte sie 2003 am Alpenquai. Weil sie Naturwissenschaften faszinierten, hat Korintha den Weg zum Studium der Umwelt-naturwissenschaften eingeschlagen. Verantwortung übernehmen, gestalten und Solidarität leben, diese Themen haben Korintha in ihrer Pfadzeit geprägt. Sie sieht in diesem Engagement auch Grundpfeiler, die sie motiviert haben, politisch aktiv zu werden. So folgten schnell die Mitgliedschaft im Jugendparlament und der Beitritt zu den Jungen Grünen.

Schon sehr früh konnte Korintha Parlamentserfahrungen machen. Auf die Frage, welche Erlebnisse ihr in ihrer bisherigen Laufbahn am deutlichsten in Erinnerung geblieben sind, antwortet sie: «Die Vereidigung im Stadtparlament war ein spezieller Moment. Was mir auch gut in Erinnerung bleibt: Jahrelang sassen Agatha Fausch und ich nebeneinander, das jüngste und das älteste Parlamentsmitglied. Auch heute pflegen wir noch einen super Austausch. Das Jahr als Parlamentspräsidentin war für mich eine Ehre und hat Spass gemacht. Meinen schönsten Anlass als Repräsentantin der Stadt

Luzern erlebte ich nicht etwa im KKL oder sonst einer hochrangigen Veranstaltung, sondern an der GV des schweizerischen Vereins für Such- und Rettungshunde. Und dies, obwohl ich Angst vor bellenden Hunden habe.»

Korintha hat das Talent, auch nicht-linke Personen von ihrem Standpunkt zu überzeugen. «Man muss das Thema, über das diskutiert wird, gut kennen. Sprich: sich sehr, sehr gut in das Dossier einlesen. Dann muss man gut zuhören können, damit man die Anliegen anderer versteht und dann Kompromisse finden kann», erörtert sie das Erfolgsrezept ihrer Überzeugungskraft.

Ausserhalb ihrer politischen Tätigkeit ist Korintha unter anderem Projektleiterin bei Defi Velo Luzern. Über ihre Arbeit dort sagt sie: «Es gefällt mir sehr, mit den Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren zusammenzuarbeiten, denen wir das Fahrradfahren wieder nahe bringen möchten.» Sie versteht sich also gleichzeitig gut mit jüngeren und älteren Generationen.

Die Texte von Kurt Tucholsky und Egon Erwin Kisch schätzt sie wegen der Beobachtungsgabe, des Sprachwitzes und des Humors dieser Autoren. Humor hat auch sie selbst am Interviewtag bewiesen. Mit all diesen Eigenschaften hat Korintha sehr gute Voraussetzungen, für den Wahlkampf. Wir wünschen ihr alle toi, toi, toi für die Wahlen 2019.

Fabio Banz
Aktivmitglied OG Willisau

AGENDA



Die wichtigsten Termine 2019 für Deine Agenda und die Detailübersicht von Januar bis März
(nähere Informationen zu den einzelnen Terminen finden sich auf unserer Website)

JANUAR

- 4.1. Kampagnen- Kick-Off Zersiedelungsinitiative, Treibhaus Luzern
- 7.1. Grüne Willisau Treffen, Willisau
- 9.1. MV Grüne Stadt: Vor-Nomination KR-Kandidaturen Wahlkreis Stadt, Contenti Luzern
- 12.1. Delegiertenversammlung Grüne Schweiz, Emmen
- 14.1. Palaver: Die Kette des Vertrauens, Blockchain, Hackspace Labor Kriens
- 17.1. Podiumsdiskussion Zersiedelungsinitiative mit Korintha Bärtsch, Samuel Zbinden und Felix Müri, Bürgersaal Sursee
- 20.1. MV Grüne Kanton: Grüne Kantonsrats-Nominationsversammlung für die Wahlen 2019 um 14 Uhr Eintreffen, 14.30 Uhr Nominationsversammlung, ab 16 Uhr Flammkuchen essen und Kinder-Konzert, Sinnlicht Luzern.**

- 24.1. Digitalisierungs-Anlass mit Korintha Bärtsch, Willisau
- 28.1. Kandidatinnen-Workshop von Frauen Luzern Politik

FEBRUAR

- 6.2. Kantonsrat-Kandidierenden Workshop
- 9.2. «Luzern der Film» Filmvorführung und Podium, u.a. mit Korintha Bärtsch, Kulturwerk 118 Sursee
- 14.2. «Luzern der Film» Filmvorführung und Podium, u.a. mit Korintha Bärtsch, Braui Hochdorf
- 20.2. Grüne Willisau Treffen, Willisau

MÄRZ

- 2.3. Frauenfest zum internationalen Frauen Tag, Maihof Luzern
- 8.3. Frauenpodium zum internationalen Tag der Frauen u. a. mit Korintha Bärtsch, Luzern
- 9.3. Food Waste Aktion mit JG und Korintha Bärtsch, Willisau
- 20.3. MV Grüne Kanton, Luzern
- 31.3. Wahlen 2019

APRIL BIS DEZEMBER

- 16.4. JV Grüne Stadt, Luzern
- 29.4. 1. Mai Filmabend mit Podium, Stattkino Luzern
- 13.5. Palaver: Imponieren statt informieren – Ist die PR der neue Journalismus?
- 22.5. Jahresversammlung Grüne Kanton
- 14.9. Grüner Lounge GönnerInnen-Anlass
- 25.9. MV Grüne Kanton
- 20.10. NR- und SR-Wahlen 2019
- 22.10. MV Grüne Stadt
- 29.11. Dankbar, Luzern
- 4.12. MV Grüne Kanton

PAROLEN

BUND: ABSTIMMUNG 10. FEBRUAR 2019

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»

JA

KANTON: KR UND RR WAHLEN 31. MÄRZ 2019

Liste 1 Grüne Liste einwerfen und Regierungsratskandidatin Korintha Bärtsch wählen

